

Es gilt das gesprochene Wort!

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:
<http://www.landtag.ltsh.de/aktuelles/mediathek>

LANDTAGSREDE – 17. September 2026

Thomas Hölck

Wohnen ist mehr als ein Dach über dem Kopf

TOP 26: „Wohnen für Hilfe“ stärken: Landesweite Plattform aufbauen und Beratungsangebote schaffen (Drs. 20/4776)

„Wohnen für Hilfe“ ist kein neues Konzept. Es wird z. B. vom Studierenden-Werk angeboten und ist häufig auf Einzelfälle reduziert. Es wird alleine auch nicht Wohnungskrise in Schleswig-Holstein lösen. Aber das Konzept kann dazu beitragen den Druck auf dem Wohnungsmarkt abzumindern. Wir wollen uns nicht mit der Wohnungskrise in Schleswig-Holstein abfinden. Mit guten Ideen, mit Solidarität ist mehr auf dem Wohnungsmarkt möglich.

Mit diesem Konzept ergeben sich Chancen für Studierende, Auszubildende und Singles ein Dach über dem Kopf zu erhalten. Es werden vermutlich überwiegend zeitlich begrenzte Wohnverhältnisse entstehen. Zugleich wird aber ein solidarischer, praktischer Beitrag zum Alltag älterer Menschen ermöglicht. Das Konzept „Wohnen für Hilfe“ bietet eine solidarische und realistische Perspektive. Es verbindet das Bedürfnis nach bezahlbarem Wohnraum mit dem Gefühl nach Gemeinschaft. Ganz nebenbei kann es auch vor Vereinsamung schützen und die Integration fördern.

Die Koalition verweist bei der Lösung der Wohnraumkrise ständig auf die Wohnraumförderung des Landes. Das reicht aber nicht aus. Weil nachweislich mehr Sozialwohnungen aus der Belegungsbindung herausfallen als wieder aufgebaut werden. Sie sind ideenlos um diese Wohnraumkrise zu lösen. Wir können mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen, wenn wir die Wohnraumfördermittel erhöhen und gute Ideen umsetzen. Dazu gehört, Wohnraum zu teilen und das Konzept „Wohnen für Hilfe“.

Ganz nebenbei könnten sie auch die Mietpreisbremse wieder einführen, das kostet nichts hilft aber auf dem Wohnungsmarkt.

Was können Sie nun? Nicht viel, wenn man sich die Versorgung der Studierenden mit Wohnheimplätzen anschaut. Schleswig-Holstein kann nur 5,8 % der Studierenden einen Wohnheimplatz zur Verfügung stellen. Der Bundesdurchschnitt liegt bei knapp 10 %.

Wir wollen heute mehr als nur eine Idee auf den Weg bringen. Wir wollen durch Solidarität bezahlbares Wohnen ermöglichen.

Erstens: Einführung einer landesweiten Online-Plattform. Wir brauchen eine zentrale, digitale, barrierefreie Vermittlungsplattform, auf der Wohnraumgebende und Wohnraumsuchende unkompliziert zueinander finden. Seniorinnen und Senioren, Familien, Studierende, Auszubildende – alle sollen ihren Teil dazu beitragen können. Diese Plattform muss transparent, benutzerfreundlich und zuverlässig funktionieren. Sie soll Vertrauen schaffen, indem sie klare Informationen bietet: Welche Leistungen werden angeboten? Welche Gegenleistungen sind möglich? Welche Rechten und Pflichten ergeben sich daraus? Eine solche Plattform reduziert Suchzeiten, verhindert Missverständnisse und stärkt alle Beteiligten.

Zweitens: Wir wollen eine landesweite Beratungs- und Vermittlungsstruktur aufbauen. Es braucht regionale Beratungsstellen, die Wohnraumgebende und Wohnraumsuchende zusammenbringen. Es geht darum rechtssichere Vereinbarungen bei Mietverträgen auf Basis von Hilfeleistungen zu entwerfen. Wir brauchen eine verlässliche Infrastruktur, die kommunale Träger, Wohlfahrtsverbände, Studierendenwerk und künftig Azubiwerk sinnvoll vernetzen. Eine Infrastruktur, die Unsicherheiten abbaut und bei Konflikten vermitteln kann.

Drittens: Wir wollen Standards und Vertragssicherheit entwickeln. Dazu gehören landesweite Qualitätskriterien für faire Vereinbarungen über Leistungen und Gegenleistungen. Ziel ist es, Benachteiligungen zu verhindern, Transparenz zu schaffen und gegenseitiges Vertrauen zu fördern. Das bedeutet klare Kriterien zu Mietanteilen, Haftung, Versicherungsschutz, Arbeits- oder Hilfeleistungen, zeitliche Rahmenbedingungen und Nachbarschaftsfragen.

Viertens: Das Konzept „Wohnen für Hilfe“ benötigt eine positive Öffentlichkeitsarbeit“. Wir müssen durch eine zielgerichtete Informationskampagne das Konzept im ganzen Land sichtbar machen. Dazu gehört die Präsentation von Praxisbeispielen.

Abschließend möchte ich betonen: Wohnen ist mehr als Dach über dem Kopf. Es geht um Würde, Unabhängigkeit und Gemeinschaft. Mit dem Konzept „Wohnen für Hilfe“ geben wir den Bürgerinnen und Bürgern Schleswig-Holsteins eine konkrete Möglichkeit, solidarisch Verantwortung zu übernehmen – generationenübergreifend und bürgernah. Lassen Sie uns gemeinsam dieses Konzept zu einer festen Säule zur Lösung der Wohnraumkrise machen."